

Sächsische Volkszeitung

Besonderheit: Wochensätzlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Werb. Beilage 10.20 M.
Ausgabe B 0.40 M. In Dresden und ganz Deutschland kostet Ausgabe A 10.65 M. Ausgabe B 9.90 M. —
Die tägliche Volkszeitung erscheint an allen Nachmittagen noch. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Einnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die
Welt-Spaltseite 1.40 M. im Reformteil 0.50 M. Familienanzeigen 1.00 M. — Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch
Sprechende aufgezeigte Anzeigen können wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen

Die Landtagskandidaten der Zentrumspartei

Der Landesvorstand der Sächsischen Zentrumspartei hatte sich am Sonntag den 3. Oktober, vormittags 11 Uhr, in Dresden zu einer sehr wichtigen Sitzung außerordentlich eingefunden. Die im Landesvorstand vertretenen großen Ortsgruppen und die zu Verbündeten zusammengeschlossenen Ortsgruppen aus ganz Sachsen waren fast vollständig und auch in außergewöhnlich großer Zahl auf Einladung des geschäftsführenden Ausschusses der Zentrumspartei erschienen. In erster Linie galt es, die endgültige Kandidatenliste für die am 14. November stattfindenden sächsischen Landtagswahlen aufzustellen. Nach eingehender Besprechung, die vom Landesvorsitzenden Herrn Reichsanwalt Dr. Hille geleitet wurde, wurden folgende Kandidaten für das sächsische Landtag unter begeistertem Zusammenspiel der Teilnehmer ausgewählt:

1. Paul Hehlein, Schriftsteller und Generalsekretär der Sächsischen Zentrumspartei in Dresden
2. Johannes Comiesch, Gewerkschaftssekretär in Leipzig
3. Albert Diesche, Freizeitbesitzer in Brauth bei Großwilsdorf
4. Heinrich Krebschmer, Lehrer in Chemnitz
5. Stefanie Rath, Frauenbundvorsitzende, Landesverband Sachsen.

Als 2. Punkt stand auf der Tagesordnung der Bericht des stellvertretenden Generalsekretärs Hesse über die mehrjährige Konferenz der deutschen Zentrumsparteiführer mit den Generalsekretären der Zentrumspartei Mitte September in Würzburg. Die Konferenzteilnehmer am Sonntag nahmen den ausführlichen Bericht über diese bedeutende Tagung mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall entgegen.

Hierauf erhielt der Landesvorsitzende Herr Reichsanwalt Dr. Hille eingehenden Bericht über den

Schulkampf in Plauen

im hinzugehende ich zutreffend als einen Kampf zwischen Reichsverfassung und sächsischer Regierung, der unter allen Umständen ausgetragen werden müsse. Schark ging der Rechner mit dem neuen Aufruf des Kultusministeriums ins Gericht und erbrachte vollständig den Nachweis für die Berechtigung des Rechtsstandpunktes der katholischen Eltern auf Grund der Reichsverfassung. Die Teilnehmer der Sitzung befürworteten ihre Zustimmung durch lautmischen Beifall, und so wurde einstimmig beschlossen, einem der katholischen Schulorganisationen in Plauen in einem Schreiben die Sympathie zum Ausdruck zu bringen. In diesem Schreiben erklärt der vollständig verfasste Landesvorstand der Sächsischen Zentrumspartei, daß er mit Entrüstung von der Bekanntmachung des sächsischen Kultusministeriums Kenntnis genommen und beschlossen hat, mit dem allgemeinen Nachdruck auch weiterhin die Rechte der katholischen Eltern in Plauen i. S. zu verteidigen. Der Landesvorstand legt dann weiter folgendes dar:

"Die vom sächsischen Kultusministerium aufgestellten Behauptungen stellen in keinem Grade eine Widerlegung unseres Rechtsstandpunktes dar. Sie sind nur eine Verunglimpfung der katholischen Elternschaft, die in Wahrung ihrer heiligen Güter in das gesetzlich berechtigte Kampfmittel des Streits eingesetzt ist. Es wird dringend gebeten, beim Streite zu beharren, könnte die sächsische Regierung den Standpunkt der Elternschaft widerlegen, so würde sie bei dieser Veröffentlichung die Rechtsgrundlage dargelegt haben. Nicht mit einem Grade hat sie sich dieser Würde unterzogen, anzuhören in der Meinung, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist. Durch die Behauptung, daß der Standpunkt der Regierung durchaus erhalten bleibt und dem Gesetz entspreche, wird nichts entkräften und an der tatsächlichen Rechtslage nichts geändert." Zum Schlusse betont der Landesvorstand, daß weder Reizwangs noch Einschüchterungsversuche irgend welche Rendierung schaffen, die von unsferen Gegnern zur Interpretation der Rechtslage verwendet werden könnten. "Von Streit muss unbedingt festgehalten werden. Der Landesvorstand empfiehlt den Eltern von Plauen herzliche Gedanken."

Der Landesvorstand beschäftigte sich dann noch eingehend mit Organisationsfragen, und erst gegen 8 Uhr abends konnte der Landesvorsitzende Herr Dr. Hille, dem der Ortsgruppenvorsitzende von Dresden, Herr Vorsitzende Cholotowski, den Dank der Konferenzteilnehmer für die vorzüchliche Leitung ansprach, bis zu einem besaßene und von Begeisterung für die Zentrumspartei gefüllte Sitzung schließen.

Zentrumswählert. Der nach den Sitzungen der Sächsischen Zentrumspartei dafür berufene Landesvorstand hat nunmehr die Kandidatenliste für die Landtagswahlen aufgestellt. Nur noch etwas mehr als fünf Wochen trennen uns vom Tage der Wahl. Kein Tag darf mehr verstreichen, um Vorbereitung, zur Rüstung, zur unermüdlichen Arbeit. Daraum: Auf zur Wahl!

Zum Schulstreik in Plauen

Rechtsausschaffung u. Forderung der katholischen Elternschaft in Plauen an die Reichsregierung

A. Eröffnung des Schulstreiks

Vor Ostern 1919 hatte Plauen sechs beiden katholischen Schulen auf Grund des Volksschulgesetzes vom Jahre 1873. Infolge der Verordnung des Ministeriums des Kultus vom 12. Dezember 1918 deren Hauptzweck lautet: Die Volksschulen sind als allgemeine Volksschulen für alle Kinder des Schulbezirkes ohne Unterschied des Vermögens und der Religion einzurichten" beschlossen die jüdischen Religions von Plauen am 1. und 8. April 1919, daß zunächst für das 1. und 2. Schuljahr (8. und 7. Klasse) die allgemeine Volksschule eingerichtet wurde. Wirkung dieses Beschlusses war, daß für die beiden untersten Jahrgänge katholischer Kinder die katholische Volksschule aufgehoben war.

Am 16. und 18. September 1919 — also nachdem die Reichsverfassung in Kraft getreten war — beschlossen der Schulausschuß und der Gemeinderat der Stadt Plauen, von Ostern 1920 ab auch die Kinder des 3. und 4. Schuljahrs (6. und 5. Klasse) der allgemeinen Volksschule einzugliedern. Wirkung dieses Beschlusses war, daß von Ostern 1920 ab für die vier untersten Jahrgänge katholischer Kinder die katholische Volksschule nach den Verordnungen aufgehoben war.

Die tatsächliche Lage an den beiden katholischen Volksschulen war am 31. August 1920 — dem Tage an welchem die katholischen Eltern in den Schulstreik einztraten — folgende: An den zweien katholischen Volksschulen waren die vier untersten Jahrgänge katholischer Kinder in ihre Schulbezirke verwiesen, sie besuchten keine katholische Schule mehr; die vier obersten Jahrgänge katholischer Kinder waren noch zusammen; an der ersten katholischen Volksschule waren alle Jahrgänge katholischer Kinder noch geblieben; denn der Direktor hatte auf Veranlassung des katholischen Schulvorstandes für Ostern 1920 die Kinder katholischen Glaubens der vier untersten Jahrgänge in besondere Klassen zusammengefügt und daneben für die untersten Jahrgänge der ihm zugewiesenen evangelischen Kinder Plätze eingerichtet.

Mögden das Kultusministerium am 11. Juni 1920 angeordnet hatte, daß die katholischen Kinder das vier untersten Jahrgänge ebenfalls fortsetzen würden, trat am 31. August 1920 die versammelte katholische Elternschaft, um ihre verfassungsmäßigen Rechte sich zu stärken, einstimmig in den Schulstreik, nachdem seit Ostern 1919 sie und der katholische Schulvorstand wiederholt den zuständigen Behörden ihre Proteste vernehmlich ausgestellt hatten. Über 400 Eltern haben in bezug auf über 800 Kinder, die ihnen gehören, die schriftliche Erklärung der katholischen Schulorganisation am 31. August abgegeben, daß sie ihre Kinder nur in die katholische Schule schicken wollen; die Gesamtzahl aller schulpflichtigen katholischen Kinder in Plauen ist etwa 700.

Seit 31. August 1920 stehen die katholischen Eltern im Schulstreik um Erhaltung ihrer verfassungsmäßigen Rechte. Die Plauener Schulbehörden haben Strafverfügungen an die streitenden Eltern erlassen zu je 33 M. bzw. zehn Tage Haft und haben einige wenige Eltern handfests gemacht. Das sächsische Kultusministerium besteht auf der Durchführung seiner Verordnung vom 11. Juni. Zur Beilegung des Streites ist seitens der Behörden nichts getan. Aus eigener Initiative hat am 27. Dezember die katholische Elternschaft von Plauen eine Abordnung an das Kultusministerium in Dresden gesandt; in der Aussprache dafür stand die Rechtsausschaffung der katholischen Eltern, da alle Voransetzungen, die der Artikel 146 für die Errichtung einer katholischen Schule vorschreibt, vorliegen: a) Einnahme jedes katholischen Kindes in die katholische Schule ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Eltern, b) geordnete Schulbezirke, da zwei katholische Volksschulen mit je sieben bzw. acht Klassen den Katholiken noch gehören, c) Willen der Erziehungsberichter für die katholischen Schulen, der in den 400 Erfahrungen der Eltern und nachdrücklich durch den Schulstreit sich zeigt, müssen in Plauen die katholischen Volksschulen bereits jetzt eingerichtet bzw. wiederhergestellt werden.

Das sächsische Kultusministerium behauptete gegenüber der Abordnung der katholischen Eltern: Die in Artikel 174 der Reichsverfassung erwähnte bestehende Rechtslage sei bestimmt durch die Verordnung des sächsischen Kultusministeriums vom 18. Dezember 1918 und durch das Übergangsgebot vom 22. Juli 1919, welche beide eine konfessionelle Schule nicht kennen.

Die katholische Elternschaft von Plauen beruft sich dieser Aussage gegenüber:

1. auf Artikel 18 der Reichsverfassung „Rechtsstreit betrifft Vaterrecht“. Wenn Artikel 146 Absatz 2 der Reichsverfassung die konfessionelle Schule geltet, so mußte die Verordnung

vom 18. Dezember 1918 und das Übergangsgebot vom 22. Juli 1919, insofern sie eine konfessionelle Schule verbieten, fallen.

2. Die Elternschaft Plauens und mit ihr die gesamten katholischen Elternschaft Sachsen (siehe Resolution an die Reichsregierung, gestellt auf dem 2. Sächsischen Katholikentag in Leipzig am 27. September) verwarfen sich gegen die Auflösung der bestehenden Rechtslage, wie sie seitens des sächsischen Kultusministeriums zum Ausdruck gekommen ist. Der Einpunkt der katholischen Elternschaft Sachsen ist folgender: In Sachsen besteht auf Grund des Volksschulgesetzes vom Jahre 1873 das System der konfessionellen Schulen. An dieser Rechtslage ist nicht durch die Verordnung vom 12. Dezember 1918 noch durch das Übergangsgebot vom 22. Juli 1919 rechtlich etwas geändert. Die bei Erlass der Reichsverfassung „bestehende Rechtslage“ im Sinne des Artikels 174 war und ist die durch das Volksschulgesetz vom 1873 geschaffene. Tendenz des Artikels 174 ist zweifellos die der bisherige Beharrung des Schulweises soll gegen säkularistische umfürchtlerische Reformen in zum Grunde des Reichsverfassungsgesetzes gestellt werden. Das sächsische Kultusministerium benutzt den Artikel, um sein Vorzeigen gegen die konfessionellen Schulen zu rechtfertigen; es verzögert durch die Auslegung dieses Artikels gegen Artikel 146, Absatz 2 der Reichsverfassung.

3. Die katholischen Elternschaft Sachsen und die Elternschaft von Plauen beweisen sich gegenüber der Ausschaffung des Artikels 174 seines des sächsischen Kultusministeriums auf den Einpunkt, den die Reichsregierung am 31. Januar 1920 zum Ausdruck gebracht hat:

Nach der Entwicklungsgeschichte des Artikels 174, Satz 1, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Verordnung, die einen wesentlichen Verlust des bestehenden Schulkompromisses bildet, das Ziel verfolgt, den in dem Problem der konfessionellen Schulen liegenden politischen Streit in seiner Gesamtheit bis zur Ausschaffung reichsgeleylicher Grundlagen zwischuzuführen und eine vorherige Entscheidung der damit zusammenhängenden Fragen durch die Landesregierung zu verhindern. Die bezeichnete Verfassungswidrigkeit steht daher jeder Landesregierung bestimmt entgegen, die ihrem Gehalt nach die bisherige rechtliche Gestaltung des Gefamproblems in irgendeinem wesentlichen Punkte beeinträchtigt und erzeugt ist, der in Art. 146, Abs. 2, in Aussicht genommene reichsgeleyliche Ausschaffung von Grundlagen verzugreifen und einen vorgerückten Stand über sie zu erreichen."

Da die Ausschaffung des Artikels 174, wie ihn das sächsische Kultusministerium interpretiert, unberügt ist, verlangt die katholische Elternschaft auch aus diesem Grunde die Wiederaufstellung der zwei katholischen Schulen Plauens, wie auch in Hamburg und Braunschweig die in den Tagen nach der Revolution aufgehobenen katholischen Schulen wiederhergestellt sind.

Die katholische Elternschaft macht darauf aufmerksam, daß das sächsische Kultusministerium einen doppelten Rechtsstandpunkt einnimmt: es setzt die katholischen Volksschulen in Dresden, Leipzig, Chemnitz usw. in der Parus vorläufig bestehen lassen, weil die städtischen Behörden einen von allen katholischen Schulbehörden Sachsen am 10. März 1919 eingerichteten Protest berücksichtigen, in Plauen aber, wo denselbe Protest vom katholischen Schulvorstand eingereicht ist, mußte eine Reihe von Klassen der katholischen Volksschulen fallen, lediglich weil die Behörden der Stadt Plauen den Protest nicht berücksichtigen.

C. Forderungen der katholischen Elternschaft

Die Elternschaft von Plauen ruft die Entscheidung des Reichsregierung an und bittet die Reichsregierung anzu sprechen, daß beide katholischen Volksschulen in Plauen in dem Maße, wie sie vor Ostern 1919 bestanden haben, sofort wiederhergestellt sind.

Plauen, 1. Oktober 1920.

Im Auftrage der katholischen Eltern Plauens
gezeichnet
der katholische Elternauschluß zu Plauen.

Weichenau i. S., 3. Oktober. Die am 23. September zahlreich versammelten Eltern und Erziehungsberechtigten des katholischen Schulbezirks Weichenau haben zum Plauener Schulkampf Stellung genommen und ihre Meinung hierüber einstimmig in einer Entschließung Ausdruck gegeben, die den katholischen Schulvorstande in Plauen, dem sächsischen Kultusministerium, dem Reichsministerium des Innern und der Zentralpartei des Reichstages übermittelt wird. Die Entschließung lautet:

"Uns, die wir von Religionswegen zum Gehorjam gegen die Geize des weltlichen Obrigkeit erzogen worden sind, erfüllt es nicht nur mit Bestreben, sondern auch mit großer Entrüstung, daß unsere Oberste, auf die Reichsverfassung verpflichtete sächsische Schulbehörde sich geschent hat, die hier und unzweideutig das Bestehen der konfessionellen Schulen gewährleistenden Artikel 146, 2 und 174 der Reichsverfassung in Plauen mit Gewaltanwendung zu verlegen. Daß die Opfer dieses ungerechten Prozesses, die katholischen Eltern Plauens, so entsehrt für ihre Ehre gereizt, voneinander, wachnehmen wie hingegen mit Freude und Dank. Wir billigen einstimmig das Vor gehen der bedrängten Eltern und ermuntern sie zum Nachahmen in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe. Von den Reichs- und Landesbehörden aber fordern wir sofortige Beilegung des Plauener Schulkampfes im Sinne des § 146, 2, wie sie eben von ihnen Freiheit und Gerechtigkeit auch für die katholischen Eltern Plauens."

Der gleichen Entschließung haben sich in ihren Monatsversammlungen der katholische Männerverein und Frauengemeinde (St. Elisabeth) zu Weichenau angegeschlossen. Eine Sammlung für den Plauener Schulkampf ist angeregt worden.

Warschau, 4. Oktober. Der Departementschef im polnischen Kultusministerium, Olscowik, reist im Auftrage seiner Regierung nach Paris, um dort an den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Korriborfrage teilzunehmen.

Die Ukraine

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“

Wiga, 5. Oktober. Die sich hier befindenden ukrainischen Befreiungs-Truppen haben den Friedensdelegationen, sowie den verschiedenen hiesigen demokratischen Verbänden eine Erklärung abgegeben, wonin sie hießlich erklären, daß die Ukraine auf eine staatliche Selbständigkeit nicht verzichte und keine Verständigung mit Sovjetukraine für möglich halte.

Die Bolschewisten an der indischen Grenze

London, 4. Okt. Nach einer Meldepause aus Kaschmir haben die bolschewistischen Truppen die indische Grenzstadt Chotan besetzt, wodurch die Arbeit der bolschewistischen Propaganda bedeutend erleichtert werden dürfte.

Der englisch-französische Zwist wegen Oberschlesien befeuert

Paris, 4. Oktober. In der oberschlesischen Frage können die französisch-englischen Meinungsverschiedenheiten nach dem "Celaire" als beigelegt gelten. General Léonard sollte es gelungen sein, England davon zu überzeugen, daß er sein Mandat unparteiisch erfüllt habe.

Die Arbeit der Brüsseler Konferenzauschüsse

Brüssel, 4. Oktober. Die Finanzkonferenz wird am Mittwoch wieder zu einer öffentlichen Sitzung zusammenkommen. Die Ausschüsse arbeiten in geschlossenen Sitzungen an der Ausarbeitung der Entschließungen. Die Arbeiten der Ausschüsse tragen eigentlich finanzielle, Wechsel und internationale Handel sollen beispielhaft vorgezeichnet sein. Eine ermächtigte Persönlichkeit bestätigt, daß die Formulierungen, die die drei Ausschüsse entstehen würden, gerechten Charakter haben und in keiner Weise die Interessen verletzen würden. — Die Regierung Havas glaubt zu wissen, daß man den Börsenmarkt um seine Intervention bei den Regierungen zwecks Einstellung der Abnahmen gebeten habe. In dieser Angelegenheit werde in dem Ausschluß unter dem Vorsteher des französischen Delegations-Cellar noch verhandelt, so daß man gefahrlos Spezialeinsätze erwarten darf. Die Notwendigkeit der Schaffung eines selbständigen internationalen Finanzorganismus sei von den Konferenzen anerkannt worden und man sucht jetzt nach Mobilitätsmaßnahmen dieses Organismus. Es sei sehr wahrscheinlich, daß dieser die Einrichtung des internationalen Arbeitsbureaus entsprechen werde, wie es in Genf angekündigt wurde.

Frankierung der deutschen Kriegsschuld?

Berlin, 4. Oktober. Wie von der Brüsseler Konferenz berichtet wird, erhalten sich harmländige Gerüchte, wonach Frankreich sich bestellt habe, eine Finanzierung der deutschen Kriegsschuld viertes der mächtigen Geldstaaten, besonders England und Amerika, aber auch der Neutralen, durchzuführen. Dadurch wäre Deutschland von der Schuldenlast von Deutschland entbunden und die Haftung würde dann denjenigen Staaten aufladen, die Frankreich die Kredite auf die deutsche Kriegsschuldigung gewährten. Frankreich in dieser Richtung Schritte getan hat, so scheint doch, daß keine Aussicht für die Verstärkung des französischen Planes besteht.

Brüssel, 4. Oktober. Der Ausschuss der Finanzkonferenz für den internationalen Handel hat eine Entschließung für Handelsfreiheit fast einstimmig angenommen.

Die Zustände in Nordfrankreich

Berlin, 4. Oktober. Neben die unerträglichen Zustände im französischen Wiederaufbaubereich vorbereitet "Zorn" eine Reihe von Mitteilungen. Danach lämpft man immer noch zwischen Republik und Bourgogne, zwar nicht um Aachen und Westfalen, doch um Metz. Die Abrechnung aller Menschenarten und Nationalitäten läuft dort. Unter und Portugiesen, Spaniolen und Italienern, Wallonen und Elsässer, Flamänden und Flandern. Sie machen einander mit bewaffneter Faust den Platz streitig wegen des Zollloches von 25 bis 30 Franken. Die Republik schlägt aber eine Abstimmung der anderen zu. Die wenigen Franzosen, meist Westfälern, versuchen vorsichtig, Ordnung zu halten. Granatschützen, halb zerstörte Projekte, ein großes, verwüstetes Land und auf ihm eine lange Geschichte, die den Republikaner nur los in die Tasche und das Wester mehr als halb geplagt ist, dessen Stimm nur darauf gerichtet ist, die Regierung um den Tagelohn zu kritisieren, was als eine Ehrenhandlung gilt. Totschlag und Raub sind an der Tagessordnung.

Paris, 4. Oktober. Wie "L'Humanité" mitteilt, haben die Bauarbeiter in Nordfrankreich beschlossen, zugunsten des Wiederaufbaus täglich neun, ja sogar zehn Stunden zu arbeiten,

Milizkampf zum englisch-französischen Bündnis

London, 8. Oktober. Die "Morning Post" veröffentlichte Neuerungen des Präsidenten Millerand, die dieser gegenüber dem Pariser Vertreter des Platzes getan hat. Das Land zwischen seinen beiden Ländern, sonst bonac Millerand, hat Bestand, nicht nur, weil es aus den gemeinsamen Opfern unserer Söhne geworden, sondern auch, weil wir eine feste und beständige Eintracht eine moralische Pflicht ist, wenn wir den Freiheit und Freiheit, den angeschlagenen England und Frankreich gemeinsam sich verbünden hatten. Kraft verteilen wollen. Es haben sich Widerstände zwischen den Verbündeten ergeben. Nun, derartige Widerstände waren aber natürlich, denn es ist die Pflicht eines jeden Volkes, zunächst auf die Wahrung seiner Rechte und Interessen

zu sehen, und unsere Ullanz ist aus solchen Widerständen nur stärker als je hervorgegangen. Dank unserem Bündnis waren wir befähigt, uns der deutschen Drohung entgegenzutreten und schließlich sie unfehlbar zu machen. Die Freude unseres Bündnisses gestattet uns den Krieg zu gewinnen und den Preis unseres Sieges zu vermehren. Sie wird uns auch helfen, den Frieden der Welt zu schaffen. Frankreich ist, wie Großbritannien, weder imperialistisch noch militaristisch. Wir haben ganz einfach die Waffen ergreifen, um uns gegen den deutschen Imperialismus zu verteidigen.

Amsterdam, 4. Oktober. Der "Standart" schreibt, daß Millerand Empfang des deutschen Botschafters Mayre-Schönes Worte über die Zusammenarbeit am großen Werke des Friedens geredet habe. Schade, daß die französische Politik praktisch in eine ganz andere Bahn geleitet werde und von einer großen Friedensarbeit keine Rede sei. Die aggressive deutsche einflächige Politik der heutigen französischen Regierung bringt eine große Gefahr für die Wiederherstellung aufchterhaltiger freundlicher Beziehungen zwischen Siegern und Verlierern und verhindert ein zweckentsprechendes Zusammenwirken zum Wiederaufbau des schauenden Europas.

Keine Verminderung der Besatzungstruppen

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“

Karlsruhe, 5. Oktober. Die für den 1. Oktober erwartete und von Paris offiziell angekündigte Verminderung der Besatzungstruppen im linksrheinischen Gebiete ist nicht erfolgt. In den Rheinpolen sind vielmehr am 30. September neue faulige Truppen eingeschoben, so in Neustadt, Kaiserslautern und Speyer.

Kreis in der englischen Wirtschaft

Amsterdam, 4. Okt. "Telegraaf" meldet aus London: Die Kreis im englischen Handel und in der englischen Industrie tritt schon eher ein, als man erwartet hatte. Eine der größten Fabriken von Sheffield, die mit den United States Steel Corporation in Verbindung steht, hat gestern Tausende von Arbeitern wegen Mangels an Aufträgen entlassen. Man betrachtet dieses Ereignis als Beginn der größten wirtschaftlichen Depression. Eine der bedeutendsten Fabrikationen entlädt, daß viele andere Fabriken in Kürze gleiche Maßnahmen treffen würden.

Zu den Unruhen in Irland

London, 4. Okt. In der Nacht zum 8. d. M. ist es in Cork wiederholt zu Angriffen auf Polizeipatrullen gekommen. Ein Polizeiamt wurde getötet, vier wurden verletzt. Ähnliche Nachrichten kommen aus Dublin und Derry. In French wird die Polizeikaserne von den Sinnfeinen belagert. In der Grafschaft Cork wurde ein Zug angehalten und das militärische Material aus ihm geräumt.

Frankreich hat noch nicht genug Kohlen

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“

Basel, 5. Oktober. Die französische Regierung verhandelt zurzeit mit dem Minister Bernin aus Philadelphia, der über die Produktion zahlreicher amerikanischer Kohlenbergwerke verfügt, zweck Kohlenlieferungen für die Brennermonate. Wie Bernin mitteilt, wird Amerika 6 bis 8 Millionen Tonnen Kohlen in den nächsten zwölf Monaten nach Frankreich und Italien liefern können.

Vertrag polnischen Ungarn und der Schweiz

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“

Basel, 5. Oktober. Das "Echo de Paris" meldet aus Genf, daß ein Vertrag zwischen Ungarn und der Schweiz abgeschlossen worden ist, durch den Ungarn seine Gentechnik schafft gegen schweizerische Produkte eintauscht.

Keine Handelsbeziehungen mit Russland

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“

Basel, 5. Oktober. Nach den Basler Nachrichten hat der Bundesrat beschlossen, den sozialdemokratischen Antrag Schneider, der die sofortige Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Sovjetrussland verlangt, abzulehnen.

Trollen und die österreichischen Handelsfahrt

Malland, 4. Okt. Auf Grund der Vereinbarungen von Spa und Trollen von der Übernutzungskommission bis jetzt nach erfolgter Unterzeichnung 14 ehemalige österreichische Handelsfahrt von 9–14.000 Tonnen untersprochen worden.

Stellungnahme der italienischen Sozialisten zu Moskau

Malland, 4. Oktober. Die Zusammenkunft der sozialistischen Parteileitung ist beendet. Eine Zusammensetzung wurde mit 7 Stimmen angenommen, welche den 21 Bedingungen Moskau zustimmt und den Kongress auffordert, die Form für die Ausführung von reformistischen Elementen festzulegen. Eine andere Zusammensetzung wurde mit 5 Stimmen angenommen, welche den Moskauer Bedingungen bis auf die kleinen Zustimmung, die die Ausführung der Reformen fordert. Im Bericht der Abstimmung legte Gennati die Leitung des "Avanti" nieder.

Das Gesamtbesitz der Türkei

Paris, 4. Okt. Nach einer havariellen Meldung aus Konstantinopel vom 1. Oktober haben französische, englische und italienische Delegierte der Vermögens der Deutschen Autonome mit der Prüfung der türkischen Finanzen begonnen. Das Gesamtbesitz der Türkei soll sich auf 888 Millionen türkische Pfund belaufen.

Theater und Konzerte

Dresden, 3. Oktober. ("Sonnenflammen" von Siegfried Wagner, Aufführung in der Staatsoper) Ein merkwürdiges Gescheh hat den Sohn des großen Bayreuthers von jenseits verjagt; er kommt nicht los von seinem Vater. Immer und wieder sieht dessen Schatten zwischen ihm und seinem Sohn. Dabei sind die beiden in der Grundstimmung ihres Künstler-Ensembles so verschieden, daß man sie als Gegenelemente ansiehen könnte. Allerdings ist auf der einen Seite größte Genialität, auf der anderen Seite höchstes Fleiß und heißes Benutzen. Von Siegfried Wagner leben Opern hat sich auch nicht eine im Spielplan halten können. Man hat sie nur gegeben, um eine Verleidung gegen Bayreuth zu machen. Und auch vom alten Bühnenwert, den "Sonnenflammen", und man keine Zukunft prophezeien können. Das übermäßige Verfallsglück, daß sich unsere Premierenmeute wieder einmal leichter, wenn der Einbruch kostspielig nicht zu haben. Siegfried Wagner hat diesmal keinen deutschen Wettbewerb verlassen. Er führt uns nach Byzanz an den Hof Alexios. Dort hat der tolle Lebensgenuss den fränkischen Feldherrn von seinem Ruh, dem Kreuzgang, abgelöst und ihn, die schöne und sinnreiche Tochter des Söldnerfürsten Comella, in der er in festiger Liebe entbrannt ist, hält ihn fest. Aber auch Alexios liebt Iris und will, daß sie ihm einen Thronerben gebäre. Iris eine Art des verschlagenen Comella, der sich durch die Aufzehrung seiner Tochter von der ihm wegen Diebstahls drohenden Todesstrafe errettet, will der Kaiser mit einer freien königlichen Sklavin bestrafen. Die Kaiserin Irene hat den Vorfall erfahren und ist in Tränen verfallen, der sie später zum Selbstmord treibt. Alexios will von Hof zu fliehen. Er macht sich auf die Flucht, wird jedoch von dem Hofe entzweit, indem er ihn zum Selbstmord ermutigt. Da ereignet sich ein Attentat auf den Theatralen und Habsburg, der nun leicht geretteten Kaiser für tot hält, jubelt auf. Nunmehr läßt ihn Alexios die Wahl zu ziehen oder das Karwendelwand zu tragen. Habsburg, allen Erfolgsfeinds vor, wählt das letztere. Zu Comella

kommt er in die Lehre und tanzt mit ihm vor dem Kaiser. Da erscheint sein Vater und den moralischen Untergang des Sohnes erkennen, verflucht er ihn. Von neuem gejagt, gibt sich Habsburg den Tod, als im tollsten Jubel des "Weltuntergangs" (eines jener Festes, die des Kaisers Wahl erinnert), die Deutsche Dynastie erobert. Im Tode gesteht ihm Iris ihre Liebe. — Ein buntes Spiel, aus dem eigentlich etwas machen läßt. Aber es fehlt an der Kraft des Charakters, an dramatischem Leben. Niemals sind es nur Einzelheiten, die fesselnd und minutenlang begeistern können. Kunstscherbel. Und ebenso steht es mit der Musik. Hier ein kleinerliches Schabern, das ein paar Partiturteile aufgenommen werden kann, dann eine banale Tanzweise, ein Ziel hinter der Szene, ein Höllenlärm. Sonst nichts, viel Langeweile. Das Gesicht einer mit ehrlichen Streben und schlemmendem Wingen, inständigkommen, trocken uninteressanten Partitur. Siegfried Wagner läßt sich die Spielleitung. Bis auf die mühelosen Saldatenzüge des 3. Aktes recht geschickt und voll Verständnis. Hr. Meier, der Dirigent, holte an Musi heraus, was zu holen war. Glänzend Bogekrom in der Bassopartie, z.B. Comella. Ausgezeichnet die Siehberg (Iris), Tancat (Habsburg) und Burg (Comella). Die Stoffe als Kaiserin, eine wohlauf majestätische Frau! Und die kleineren Partien: alle in den besten Händen. Zug zu einer wundervollen dekorative Aufführung. Am Neuentzweit hat es also nicht gefehlt... Bl.

Der Theatralenverband in Heidelberg gründet vor kurzem eine Unterabteilung, die die Förderung der gesamten deutschen Puppenspiel umfaßt. Nach einer ersten Versammlung, welche am 12. September in Heidelberg stattfand, wurde beschlossen, die Unterabteilung nach Baden zu benennen und Joseph Bütt, Direktor des Leipziger Puppenspiels, mit der Leitung derselben zu betrauen. Die offizielle Tätigkeit beginnt am 1. November 1920 unter dem Namen: Verband zur Förderung deutscher Theatralen, Unterabteilung Puppenspiel, Sekretariat Leipzig. Adresse: Leipzig-Gohlis, Friedrichstraße 10.

Weltpostkongreß in Madrid

Madrid, 4. Okt. König Alfonso eröffnet den 7. Weltpostkongreß mit einer Rede, in der er u. a. sagte: Die Post ist das Symbol des Friedens. Während der Kriegswirren bewahrte sie ihre Mission der Liebe und der Gnade. Die Post spielt mit ihrer Tätigkeit darauf hin, vielfaches Wohlstand zu bringen. Deshalb bezaubert sie ein dankbares Andenken.

Österreich und die Kleine Entente

Wien, 8. Okt. Staatssekretär Dr. Renner gewährte einem Bericht des "Neuen Wiener Tagblattes" eine Unterredung, in der vornehmlich Österreichische Stellung zur kleinen Entente zur Sprache kam. Renner führte dazu aus: Der Österreich will einen einheitlichen Organismus sämtlicher Mächte, einschließlich der besiegten und neutralen Staaten. Österreich möchte die Aufnahme in diesen einheitlichen Organismus. Es kann die Grenze nicht übersteigen, die durch den von ihm unterzeichneten Friedensvertrag und vom Österreich selbst aus mit keiner anderen Macht ein Gegenbündnis geschlossen. Die Macht einzelner Stellen, doch Österreich ein offene oder stiller Gesellschafter der kleinen Entente ist, ist vollkommen unbegründet. Insofern aber die kleine Entente den Zweck verfolgt, die Ruhe und die Sicherungnahme des wirtschaftlichen Lebens in Mittel- und Süd-Europa zu sichern, können wir sie einerseits nur begrüßen.

Das nächste Ziel der Kommunisten

London, 4. Okt. Nach einer Londoner Korrespondenz sind auf den Internationalen Kommunistischen Kongressen, die im Juni in der Schweiz stattfanden, einige Berichte erlaubt worden, die bisher nicht bekannt waren. Hierauf soll das Ziel der revolutionären Bewegung während des kommenden Winters Frankreich sein, und zwar mit Unterstützung des italienischen Kommunisten.

Die Schatten-Roslaus

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“

Berlin, 5. Oktober. Reichsbahndirektor Edelbold, ein Gegner der Roslaus-Mitschärfbedingungen, ist in Hannover auf die unabhängigen sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden.

Übergang der Wasserstrafen auf das Reich

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“

Berlin, 5. Oktober. Von der Mitteilung über den auf den 1. April n. d. J. reichsweiten Übergang der Wasserstrafen auf das Reich wird dem "Berliner Tagblatt" von unterzeichneten Seite geschrieben, die Reichsverfassung sieht den Übergang zum 1. April 1921 vor. Es ist allerdings vorübergehend geplant worden, ob dieser Übergang bereits am 1. Oktober d. J. vorgenommen werden könnte, allein der Vertragabschluß erwies sich dazu als unmöglich. Die Verhältnisse liegen bei den Wasserstrafen viel manigfältiger als bei den Eisenbahnen, so daß die Vereinbarungen eine längere Vorbereitung erfordern. Urzog ein Beschluss wegen des früheren Überganges, so niemals gezeigt oder veröffentlicht worden, auch liegt das Reich auf einer überfällige Übergabe kein Gewicht, und es ist seit Monaten bekannt, daß an dem verfassungsmäßigen Termin festgehalten wird.

Zum Streit im Berliner Zeitungsgewerbe

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“

Berlin, 5. Oktober. Der Auftand eines Teils der Kaufmännischen Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe dauert an. Die Streikleitung hat gegen den Schließungsbauß angeworfen.

Die Erwerbslosigkeit in Deutschland

Berlin, 4. Oktober. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 13. September d. J. 305.398, die der weiblichen 11. Werktagen 97.489, also insgesamt 403.881 gegen 414.716 am 1. September und 411.615 am 15. August d. J. Zu den Erwerbslosen kommen 275.900 Familienangehörige, die als Aufschlagsbeamter unterstellt werden. Ihre Zahl betrug am 1. September d. J. 386.925. Die neuen Zahlen entsprechen etwa wieder dem Stand vom 1. August d. J.

Die internierten Russen

Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“

Berlin, 5. Oktober. Wie vor einiger Zeit gemeldet wurde, wurden seit der Internierung der auf deutsches Gebiet übergetretenen Kompanien die befreigten Soldaten durch die deutsche Militärbehörde von den Offizieren und Mannschaften gerettet. Es war dies eine Maßnahme, um die internierten Russen die weiteren Einwirkungen durch die berüchtigten russischen Rotearmee zu entziehen. Wie der deutschen Reitung aus München gewußt wird, soll es den russischen Rotearmeesoldaten gescheitert werden, nach wie vor sich unter den internierten Offizieren und Mannschaften zu bewegen. Es handelt sich hierbei um ein Zugeständnis des Major Kopp, das der Vertreter Sowjetrusslands der deutschen Regierung,

Der Papst für Einzelfeuerlaubnis des Kardinals Bertram
Berlin, 4. Okt. Ein Privattelegramm des „Oberschlesischen Kuriats“ gibt eine Meldung des „Observato Romano“, wieder, wonach der Papst dem Völkerbund in Paris ein Schick zur Erteilung der Einzelfeuerlaubnis für den Fürstbischof von Breslau Kardinal Bertram unterbreitet habe.

„Observato Romano“ fügt dieses Mitteilung hinzu, daß im Vatikan gegenüber dem Vorsitzenden der Internationalen Kommission gegen den Kirchenfeinden ernste Verstimmlung herrscht. Man drückt die Ansicht aus, daß die Internationale Kommission dem Fürstbischof großes Unrecht trete. Solange Oberschlesien nicht zu Polen gehört, siehe es unter dem Verwaltungsbereich des Fürstbischofs.

Nachrichten aus Sachsen

Bur Landtagswahl

Im Vorlage von Reinhold u. Söhne, Dresden, ist soeben ein Buch erschienen: „Das sächsische Landeswahlgesetz und die Landeswahlordnung vom 4. September 1920“, erläutert von Ministerialrat Dr. Weller, Vorsitzender Rat in der Staatskanzlei. Das Buch bringt einmal das Landeswahlgesetz und die Landeswahlordnung im Wortlaut und außerdem Erklärungen und Erläuterungen dazu. Das Buch ist unentbehrlich für alle diejenigen, welche im politischen Leben tätig sind, und sollte vor allem in keiner Ortsgruppe der Zentrumspartei fehlen. Es kann durch jede Buchhandlung bezogen werden.

Die vorgeschlagenen demokratischen Landtagsabgeordneten für Westsachsen

Der Kreisverband der Deutschen Demokratischen Partei hat auf seiner Versammlung am 4. Oktober folgende Vorschlagsliste für die Landtagswahlen aufgestellt: 1. Finanzminister Dr. Reinhold, 2. Abg. Lehrer Bernhard Klaus (Leipzig), 3. Malermeister Max Königs (Wittenberg), 4. Abg. Geh. Schriftar Dr. Menken-Gildert (Görlitz), 5. Frau Stabsarbeiterin Johanna Dose (Barren), 6. Amtshauptberaterin Adolf Wolf (Hochwürden), 7. Abg. Gymnasialprofessor Dr. Hermann Bargte (Leipzig); 8. Buchdruckermeister Berndt (Leipzig), 9. Fabrikbesitzer Arno Buhmann (Borsig), 10. Bankdirektorin Anna Wehner (Baruth), 11. Kaufmann Arthur Zimmermann (Worms), 12. Siegelabstempel Walter Merkl (Leipzig), 13. Reichsminister Hugo Weinek (Leipzig), 14. Stadtrat Hoffmann Arthur Graf (Großpösna), 15. Fabrikbesitzer Franz Wölk (Leipzig), 16. Frau Redakteurin Elisabeth Thielemann (Leipzig).

— Die Demokratischen Volkskammerkandidaten im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau-Plauen. Die Demokratische Partei im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau-Plauen hat zu den bevorstehenden Landtagswahlen den ersten Stellen folgende Bewerber aufgestellt: 1. Kultusminister Dr. Seifert; 2. Fabrikant Dr. Dommering (Glauchau); 3. Abg. Kaufmann Oskar Günther (Plauen); 4. Seminarleiter Oberpräsident der Volksschule Dr. Dietrich (Zwickau); 5. Frau Gräbel (Annaberg); 6. Geschäftsführer des Deutschen

Panzerbundes Otto Meiss (Schönau); 7. Ministerialrat Dr. Wulffsen (Dresden); 8. Gemeindeschulrat Heinz (Plauen); 9. Rathausleiter Dr. Helling (Zwickau); 10. Kapitänmeister Schell (Chemnitz).

— Die demokratischen Volkskammerkandidaten im Wahlkreis Ostsachsen sind folgende: 1. Volksschulmeistergeordneter Kommerzienrat Hoffmann (Weissen); 2. Volksschulmeistergeordneter Stadtrat Oskar Schmidt (Görlitz); 3. Prof. Dr. Maurenbrecher (Dresden); 4. Amtshauptberaterin Kunig (Dresden); 5. Gutsbesitzer Schreiber (Wilsdruff); 6. Volksschulmeistergeordneter Kaufmann Adler (Dresden); 7. Lehrer Hellmann (Zittau); 8. Frau Willi Willmann (Dresden); 9. ein Vertreter der mittleren Beamtenschaft, der noch nicht bekannt ist.

— Vertretung sächsischer Arbeitnehmerinteressen bei der Reichsregierung. Wie uns gemeldet wird, hat das sächsische Arbeitsministerium denstellvertretenden Ministerialrat Dr. Grabauer zum Ministerialrat ernannt und der sächsischen Gewerkschaft in Berlin zugestellt. Er soll bei der Vorbereitung der neuen sozialpolitischen Gesetze die sächsischen Arbeitnehmerinteressen besonders vertreten.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

■ Dresden: Katholischer Bürgerverein. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr Vereinsversammlung im kath. Gesellenhaus, Käufersstraße 4.

■ Dresden. R. R. B. „Columbus“. Der Jahresbericht des 1. Vorsitzenden, des Herrn Heyen, erstattet in der 45. ordentlichen Generalversammlung des hiesigen R. R. B. „Columbus“ am 23. September d. J. Besl. daß das Vereinsleben seit Kriegsende wieder neu erwacht ist und in voller Blüte steht. Eine ganz bedeutende Summe an Mitgliedern war Dank der eifigen Tätigkeit des Werbeausschusses, sowie auch von Einzelmitgliedern zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl hob sich von 98 auf 148. Durch den Tod verloren wir 1 Mitgli., 9 weitere büßten wir ein durch Überweitung am Gruberverein, so daß jetzt ein Mitgliederstand von 139 vorhanden ist. Sitzungen haben 47 stattgefunden und gesellschaftliche Veranstaltungen waren 9 zu verzeichnen, die sich alle einen regen Besuch erfreuten. — Unter Punkt „Jugend“ wurde n. a. beschlossen, im neuen Vereinsjahr eine besonders energische Werbeteilung für die Gewinnung der Jugend einzutreten zu lassen. Der neu gewählte Vorstand sieht sich aus folgenden Herren zusammen: Verteillicher Vorsitz: Kaplan Engler, 1. Vorsitzender: Arnold Heyen, 2. Vorsitzender: Heinrich Trümper, 1. Schriftführer: Eduard Slama, 2. Schriftführer: Johannes Kaiser, Kassierer: Johann Mohr, Sicherwart: Franz Novak, Beißiger: Leo Dahlmann, Kranftenssor: Alois Reichelt, Leo Dahlmann, Stellvertreterstellung: Clemens Schiller.

* Neuleutersdorf. Am 3. Oktober wurden in den Kirchengang stand wieder gehüllt: Direktor Sprötte, Eiban, und Heinrich Mittel, Neuleutersdorf; neu gewählt wurde Franz Lieblich aus Leutersdorf. Wendelin Otto aus Leutersdorf wurde unter herzlichem Dank seine Bitte auf Eröffnung wegen Krankheit und Alter erfüllt. — Am 3. Oktober als unserm Nachwuchsleiter fand das übergebrachte Königsschießen des kath. Cafés statt. Ludwig wurde Heinrich Bösel, Marthall Emil Friedrich.

Für den Schulkampf in Plauen i. B. gingen ein Columbus-Chemnitz 200 M., R. Dehner-Sabberg 10 M., durch ein Sp. Geißler 100 M. von Dehner-Sabberg, 100 M. von Hartmann & Gömbi-Dresden, 25 M. insgesamt von Ling. H. Dössel-Dresden 6. Krause-Leipzig 20 M., R. Dössel-Chemnitz 50 M., H. Dössel-Dresden 10 M., Moritz-Reichenau 5 M., R. H. Möhl-Dresden 25 M., H. Dössel-Dresden 10 M., R. Baez-Görlitz 20 M., H. Dössel-Dresden 10 M., durch Pf. Röder-Ostritz 7 M., durch Paul Höhne-Dresden 800 M. — Herzlich dankt im Auftrag der Schulorganisation Plauen i. B. und bittet um weitere Spitä. Postkonto Leipzig 98 888.

Kath. Casino-Bücherei. Heute abends 8 Uhr stattgefundenen Jahreshauptversammlung direkt an Plauen abgerufen Markt 100.—

Berantwortlich: Für den redaktionellen Teil Friedrich Köring für den Inseraten Teil Peter Schröder. — Druck und Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei“ G. m. b. H. zu Dresden.

Dresdner Kurse vom 5. Okt. 1920

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße,

Deutsche Staatspapiere		Brasen-Aktien		
8	Reichsanleihe	60,75G	8 Jürgens	175,00G
8½	do.	58,00G	18 Erste Kuimacher	518,00G
4	do.	68,00G	6 Petsz-Bräu	164,00G
5	do.	79,25G		
	Sparprämienanleihe	88,75G		
8	Sächs. Rente	57,75bG	9 Adels-Aktion	171,70G
			9 Chmn. Bank-Verein	161,00G
	Stadt-Anteilen, Pfand- und Hypotheken-Briefe		12 Commers u. Priv.	178,00G
8½	Dresdner von 1875	98,25G	12 Deutsche Bank	814,00G
4	do. 1900/08 92,00bG	71/2 Löbauer Bank	105,00G	
4	do. 1918/18 91,75bG	21/2 Sachsenbank	175,00G	
4	Chemnitzer v. 1908 81,50G			
8	Lausitzer Pfandbr.	—	Verschiedene Industrie-Aktien	
8½	do.	—	0 Zimmermann	244,70G
4	Lausitzer Kreditbr.	—	10 H. & A. Escher	286,00G
	do.	—	40 Farndit	450,00G
			20 Germania	293,00G
			16 Großen. Webstuhl	303,00G
			6 Lauchhammer	—
			12 Sächs. Gußstahl	—
			10 Hartmann	—
			8 Sondermann & Stier	—
			Ver. Bautzner P.-F.	—

Zur R

Bon einer

Wiederholung

Der Reichs-

Partei im Kabinett

sagt ohne daß es

vielerlei der Drohung

gröbster Verantwort

Finanzminister gena

Wahlkampf des bis

jetzt allein die Eisen

ist ganz unbekannt

Unter Berichtigung

eines solchen o

Mit einer

wieder der Ruf er

baya übergehen zu

sehr belastet heute

die Rätsel auf de

bei Eisenbahn und

jetzt werden müsse

Unter Berichtigung

weitere Verantwort

minister verlangt,

absolutes Vertrau

tät des Kabinetts

durch Vorge

höchst über die R

Wie da jetzt Partei

zu leben, so wie

dem Finanzm

jetzt eingeführ

durch barbaren

Finanzministers ob

waren gefunden

Darüber hin

Robinet erhalten,

Stadt legende E

Ich bin durch

Unter Staatsbetrie

nehmungen, so

Der Finanzminis

erhalten, denn es

Während nur a

Ballmann zu

wird. Gerade die

daß er mit al

wie auch befou

det er doch ni

wirtschaftlic

trieb, w

wählich in den

genieße die bur

ißt bringt. Obgle

schließt eine wi

doch das Alte w

gemäßigt werden

Welt seien Betr

beauftragt eines

soße diese W

der. Was jeder

ein. Bei der am

Verfügung steht

und möglic

ihes Reiches

zentration

notwendige Bi

eine derartige e

Geisten führen,

als bedeutet,

Frage zu prüfen

Jung, der Repar

halten werden s

sofortlich, wenn

zollen; wenn

Infolge der im Winter herrschenden Kohlennot

bieten wir schon jetzt als Ersatz den Bezug von Brennmaterialien an:

Brennholz

Rollen — gesägt — grob gespalten —

Siebbraunkohlen

in allen Mengen liefert jederzeit ab Lager und frei Keller

Erbite Bestellungen schon jetzt

Alfred Waurich, G. m. b. H., Dresden-A. 16